

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Stadtrates am 26.06.2019**

**Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr**  
**Sitzungsende: 19:26 Uhr**  
**Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau**

**Siehe bitte Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 32 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** verabschiedet den Ausländerbeauftragten Herrn Ibanez Vaca, der nach 2 Wahlperioden um seine Entpflichtung gebeten hat und dankt ihm für seine ehrenamtlich geleistete Tätigkeit.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Grünthal, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, Herr Schönemann, Fraktion Die Linke und Herr Hofmeister, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung. (35)

**2 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau**

Die Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau wird an folgende langjährige Stadträte, die aus dem Stadtrat ausscheiden, verliehen:

Herrn Heinz Bierbaum, Herrn Thomas Busch, Herrn Jens Kolze, Frau Angela Sanftenberg, Frau Angela Müller, Frau Karin Stöbe, Herrn Dirk Hofmeister, Herrn Hans-Joachim Mau und Herrn Manfred Semper.

Frau Angelika Storz, die sich bereits im Urlaub befindet, erhält die Ehrenmedaille zu einem späteren Zeitpunkt.

**3 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen (35:00:00).

## **4 Genehmigung der Niederschriften vom 09.05.2019 und 22.05.2019**

Die Niederschrift vom 09.05.2019 wird bestätigt (31:00:03).

Die Niederschrift vom 22.05.2019 wird bestätigt (33:00:01).

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Kolze, CDU-Fraktion, die Sitzung. (34)

## **5 Berichte des Oberbürgermeisters**

### **5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Puttkammer, CDU-Fraktion, und Frau Dammann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung. (36)

### **5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt folgende in der Sitzung des Stadtrates am 22.05.2019 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Unternehmensangelegenheiten  
Verschmelzung der Kraftwerk Dessau GmbH auf die Fernwärmeversorgungs-GmbH Dessau
- Unternehmensangelegenheiten  
Verschmelzung der Dessauer Kläranlagen GmbH auf die Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH

## **6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca.16:30 Uhr**

**Bürgerin 1, Frau Karen Bebber**, verweist als Elternvertreterin der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt zunächst auf einen offenen Brief vom 29.05.2019 an die Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, Frau Wendeborn, der unvollständig und nur auf Nachfrage vom Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herrn Krause, beantwortet wurde. Sie erklärt, dass die Art und der Umfang der Antwort einen Bürger unmündig erscheinen lässt. Zur Nutzung des Schulhofes als zugängliches Gelände und Dorfjugendplatz stellen sich bezüglich der Sicherheit und Unbeschwertheit der Kinder Fragen, auch wenn die geplanten baulichen Maßnahmen eine deutliche Aufwertung des Schulhofes und einen Mehrwert für die Kinder versprechen. Ein Problem wird vor allem in der öffentlichen Zugänglichkeit des Spielplatzes in der Zeit von Montag bis Sonntag von 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr gesehen, da diese Zeiten die Schulzeit und die Hortbetreuungszeit umfassen.

Sie stellt folgende Fragen:

- Wie wird gewährleistet, dass der Unterrichtsraum uneingeschränkt durch die Schule genutzt werden kann?
- Wie wird gewährleistet, dass es durch öffentliche Lärmbelästigungen nicht zu Störungen der Lernprozesse kommt?
- Wie wird gewährleistet, dass es aufgrund von verschiedenen Hinterlassenschaften der Nutzer der Flächen nicht zu Schädigungen unserer Kinder kommt (z.B. Glasscherben in der Sprunggrube, Hundekot, etc.)?

**Bürgerin 2, Frau Christin Sülzle**, stellt als Elternvertreterin der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt die Frage, in welchem Turnus eine Wartung, Reinigung und Pflege der öffentlichen Flächen durch die Stadtpflege vorgesehen ist und in wessen Verantwortung die Räum- und Streupflichten zu den Zu- und Abgängen zum und vom Schulgebäude liegen.

**Bürgerin 3, Frau Susann Winkler**, verweist als Elternvertreterin der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt darauf, dass sich die Kinder bisher während der Schul- und Hortzeiten in einem zwar zugänglichen, aber dennoch geschützten Bereich aufhalten. Die Lehrer und Horterzieher haben Weisungsbefugnisse gegenüber Fremden, die sich nicht auf dem Gelände aufhalten dürfen. Es stellt sich die Frage, wie die Kinder vor der nichtwohlwollenden Öffentlichkeit geschützt werden. Frau Winkler erläutert, dass die Kinder mit dem Beginn des Frühhortes den öffentlichen Spielplatz ab 6.00 Uhr betreten um in den Hort zu gelangen. Sie vermutet, dass in den Sommermonaten der bisherige Schulhof auch in dieser Zeit genutzt wird. Das Gelände und die Räumlichkeiten mietet der Träger des Hortes von der Stadt. Sie stellt die Frage, wie die Sauberkeit des öffentlichen Spielplatzes ab 6:00 Uhr und die Sicherheit der Kinder gewährleistet wird. Des Weiteren stellt sie die Frage, wie die Hortkinder, für die eine Aufsichtspflicht besteht, von anderen Kindern unterschieden werden können, da es vorkommen kann, dass vom Hort abgemeldete Kinder als öffentlich spielende Kinder wiederkommen, um mit ihren Freunden im Hort weiter zu spielen.

**Bürger 4, Herr Holger Hesse**, verweist als Elternvertreter der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt darauf, dass schon bei durchgeführten Informationsveranstaltungen zum Umbau des Schulhofes im Jahr 2017 und 2019 durch den Bauträger die Fragen nicht beantwortet werden konnten bzw. ausweichend abgeschwächt wurden. Herr Hesse möchte wissen, wie das Gelände des ehemaligen Schulhofes gestaltet wird und wer die Hoheit über diesen Schulhof hat, der dann im Nachhinein kein Schulhof mehr ist. Er erwähnt, dass es im Stadtrat im Jahr 2017 einen Beschluss gab, der besagt, dass Herr Mosch,

Sachgebietsleiter für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten, Herrn Adamek und ihn mit einbeziehen und informieren soll, was jedoch nicht erfolgt ist.

Herr Hesse fragt, welcher Bereich des Schulhofhofes als „Dorfjugendplatz“ benannt wird und ob eine räumliche Trennung zwischen Schulhof und diesem Dorfjugendplatz vorgesehen ist.

Auf die Frage wer im Falle eines Unfalls haftet, auch wenn er durch Dritte verursacht wird, teilt die Unfallkasse mit, dass der Unfallverursacher haftet, weshalb sich die Frage stellt, ob ich als Elternteil den Unfallverursacher zur Rechenschaft ziehe, oder ob das Kinder weiterhin während der Schul- und Hortzeiten durch die Unfallkasse versichert ist. In der Mitteilung der Unfallkasse steht, dass der Unfallversicherungsschutz durch die Berufsgenossenschaft auch bei der Benutzung des nicht schulischen Bereiches, Bsp. in den Pausen, greift. Herr Hesse erläutert, dass der Schulbereich an der Tür endet. Wenn nach der Baumaßnahme der Schulhof zum Dorfjugendplatz erklärt wird, dann ist er kein Schulhof mehr. Daraus ergeben sich folgende Fragen: Wo greift dann die Versicherung? Bis zu welchen Gebäudeteil wird die Unfallkasse Sachsen-Anhalt eintreten und wann muss man als Elternteil mit einer privaten Versicherung haften?

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, erwidert, dass die Fragen seit dem 29.05.2019 bekannt sind. Die Fragen richten sich nicht ausschließlich an das Amt für Bildung und Schulentwicklung, sondern auch an die Unfallkasse und an andere Träger. Frau Wendeborn, Amtsleiterin für das Amt Bildung und Schulentwicklung, hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Fragen geantwortet. Herr Krause weist daraufhin, dass es für die Qualität eines Schreibens der Verwaltung nicht auf die Wortanzahl ankommt, sondern auf die Kürze, Verständlichkeit und die Bürgerfreundlichkeit. Die gestellten Fragen wurden schon 2017 diskutiert und es existieren Lösungsmöglichkeiten. Die Komplexität des Themas kann nicht in einem Schreiben erläutert werden. Zudem hat das Schreiben der Elternvertretung nicht alle zuständigen Bereiche erreicht, sondern wurde ohne Konzept in der Verwaltung verteilt.

**Herr Beigeordneter Krause** schlägt einen Vor-Ort-Termin vor, an dem zusammen mit der Elternvertretung, dem Sachgebietsleiter für Ortschaften- und Stadtbezirksangelegenheiten, Herrn Mosch, der Unfallkasse Sachsen-Anhalt und ihm diese Fragen diskutiert werden können.

**Herr Hesse** gibt zu bedenken, dass seitens der Verwaltung nicht auf die fehlerhafte Ämterbeteiligung aufmerksam gemacht wurde und dass, wenn von einem Schreiben mit 12 Fragen nur eine Frage beantwortet wird, von Unmündigkeit des Bürgers gesprochen werden kann. Er verweist darauf, dass entweder das Amt bei den zu beteiligenden Ämtern nachfragt und er dann eine zusammengefasste Antwort bekommt, oder dass man ihm im Vorfeld über die Zuständigkeit aufklärt, damit er die jeweiligen Ansprechpartner kontaktieren kann. Er kritisiert, dass keiner von den Eltern über den aktuellen Stand der Planung informiert ist, obwohl Herr Mosch als Sachgebietsleiter für Ortschaften und Stadtbezirksangelegenheiten eine Informationspflicht hat. Die von ihm organisierte

---

Informationsveranstaltung war aufgrund der Kurzfristigkeit und die Terminlegung (Donnerstag 16:00 Uhr) sehr schlecht besucht.

Herr Hesse teilt mit, dass die Elternvertretung die Baumaßnahme nicht schlecht machen möchte, aber sie können keine Verbesserungsvorschläge anbringen, wenn sie nicht über den aktuellen Stand informiert sind. Er stellt die Frage nach dem Sachkostenträger.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, antwortet, dass Herr Mosch der Vorhabenträger und der richtige Ansprechpartner für die Elternvertretung ist.

Aufgrund der Nachfrage von **Herrn Hesse** wer der Sachkostenträger und der Ansprechpartner für den Schulhof bzw. für den Dorfjugendplatz ist, sagt **Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung** eine Antwort nach der Recherche zu

**Herr Hesse** hätte sich mehr Antworten erhofft, da die Fragen im Vorfeld schon bekannt waren. Die baulichen Maßnahmen am Schulhof schreiten immer weiter voran. Die Kinder haben keine Aufenthaltsmöglichkeiten im Außenbereich mehr. Er weist daraufhin, dass am 03.07.2019 ein neuer Stadtrat zusammenkommt und eine Sommerpause folgt. In dieser Sommerpause gehen die Bauarbeiten aber dennoch weiter. Wenn die Elternvertretung ihre Fragen nicht stellen können bzw. Vorschläge nicht einbringen können, dann werden sie zu Beginn des neuen Schuljahres nicht wissen, wie der Schulhof aussieht bzw. wie er aussehen soll.

**Herr Oberbürgermeister Kuras**, verweist auf den Vorschlag des Vor-Ort-Termins mit Herrn Beigeordneten Krause und auf die Nichtzuständigkeit einiger gestellten Fragen hin.

**Herr Hesse** fragt, woher ein Bürger wissen soll, dass er an der falschen Stelle die Fragen gestellt hat, wenn niemand es ihm mitteilt.

Es erfüllt **Herrn Oberbürgermeister Kuras** mit Sorge, dass in der Ortschaft bei einem Projekt mit einem Umfang von 1 Mio. Euro von der Elternschaft nur Probleme gesehen werden. Herr Mosch hat für dieses Projekt gekämpft und den Antrag bei der EU eingereicht. Herr Kuras verweist auf die Komplexität eines solchen Antrages. Er gibt zu bedenken, dass andere Ortschaften auch gern solche Baumaßnahmen durchführen würden, und dass es bei dem Projekt der Grundschule in Waldersee, wo der Spielplatz von allen Kindern, nicht nur von Schülern genutzt wird, seit Jahren reibungslos funktioniert. Er bitte die Eltern den Gesamtnutzen dieser Baumaßnahme zusehen und nicht nur die Gefahren.

**Herr Hesse** entgegnet, dass er die Sorgen schon öfters mitgeteilt hat, u.a. auch an Herrn Mosch und verweist darauf, dass es in Waldersee einen komplett umzäunten Schulhof gibt und wo die Spielgeräte stehen, befindet sich ein Tor. Wenn die Kinder

dort spielen möchten, öffnet eine Erzieherin das Tor und überwacht das Geschehen. Wird das Tor geschlossen, entsteht wieder ein vollständiger Schulhof. Dabei stellt sich Herr Hesse die Frage, warum das Anhaltische Berufsschulzentrum in Dessau einen großen Zaun hat und in Dessau-Kochstedt das nicht so geregelt werden kann. Die Elternvertreter kritisieren die Baumaßnahme nicht, sondern stellen lediglich Fragen zur Sicherheit ihrer Kinder.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** bitte die Elternvertreter den aktuellen Stand abzuwarten und erläutert, dass das Projekt und damit die verbundenen Fördermittel mit bestimmten Auflagen von der europäischen Kommission verbunden sind. Diese Auflagen können sich im Laufe der Jahre auch ändern. Er verweist auf die bisher bestehende und sicherlich weiterhin bestehende Aufsichtspflicht der Lehrer und Horterzieher. Des Weiteren soll geprüft werden, ob der Zaun Bestandteil des Fördermittelantrags ist.

**Herr Hesse** erwidert, dass sie nicht gesagt haben, dass sie dieses Projekt nicht wollen und verweist auf die eingangs getätigten Aussagen von Frau Beber. Zur Klärung der Fragen, hofft er auf einen kurzfristigen Termin.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, sagt die Koordinierung des Termins durch Herrn Mosch zu.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, verliest die Fragen der **Bürgerin 5, Frau Dipl.-Ing. Birgit Rac**, zum Thema Kampagne gegen die Dessauer Waldausschlachtung:

„Wir haben auf unseren Vortrag und die Fragen bei der letzten Stadtratssitzung am 22.05.2019 noch keine Antworten erhalten: WAS ist hier passiert, was passiert hier und was wird hier noch passieren?“

Werden und wurden tatsächlich auch im Zeitraum vom 1. März bis 30. September Bäume gefällt? Wenn ja wo, in welchen Größenordnungen und was erwartet uns noch? Werden und wurden die mit schwerer Technik abgeholzten Bäume als PEFC-zertifiziertes Holz aus "nachhaltigen Waldbeständen, inklusive Holzrückung bis an den Waldweg", verkauft ([www.pefc.de](http://www.pefc.de))? Welche (kurzfristigen) Alternativen gibt es zu der zerstörerischen "Ausschlachtung" mit schweren Fahrzeugen und Geräten (Harvestern)? Wann bekommen wir endlich eine Antwort?

Unser Oberbürgermeister Herr Kuras hat neben einem Ausdruck des Kampagnenschreibens Nr. 4 auch eine CD (mit Fotos zu unseren Beobachtungen, den Kampagnenschreiben 1 bis 4 sowie den MZ-Artikel) entgegengenommen. Wir baten um Weitergabe an alle Stadträte. Dies ist bisher offensichtlich noch nicht erfolgt. Wir möchten erinnern und fragen, wann dies der Fall sein wird?

---

Der Oberbürgermeister Herr Kuras versprach weiterhin, sich der Sache anzunehmen und den Kontakt mit der Kulturstiftung und dem Landesforst herzustellen. Bisher haben wir hierzu ebenfalls noch keine Informationen erhalten.

Auch hier möchten wir erinnern und fragen, wann dies der Fall sein wird?

Wir möchten weiterhin gern eine Übersichtskarte über die erfolgten Sanitärhiebe in den Wäldern seit Januar 2018 aufbauen. Unser Ziel ist, alle Schäden (z.B. durch Sturm, Trockenheit, Pilze, Schädlinge, ...), die in den Wäldern entstanden sind sowie die betroffenen Baumarten zu erfassen. Hierbei bitten wir Sie inständig um Ihre Mithilfe.“

**Herr Oberbürgermeister Kuras**, erwidert, dass die beiden CDs unverzüglich an den Landesforst und an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz weitergegeben wurden. Die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz hat Frau Rac am 29.05.2019 geantwortet und zu den Aussagen, die sich auf die Waldstücke der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz beziehen, Stellung bezogen. Der Leiter des Betreuungsforstamtes, Herr Weninger, hat in einem persönlichen Gespräch mitgeteilt, dass er mit Frau Rac in Kontakt steht und ihr entsprechende Antworten geben wird. Die Verteilung der CDs an die Stadträte erfolgte nicht, da es sich nicht um Stadtforst handelt und damit die Zuständigkeit nicht bei der Stadt Dessau-Roßlau liegt. Wenn die Stadträte es wünschen, wird die CD selbstverständlich noch verteilt.

Zur letzten Frage antwortet Herr Oberbürgermeister Kuras, dass es sich um eine Übersichtskarte handelt, in der alle erfolgten Sanitärhiebe und Schäden in den Wäldern seit Januar 2018 erfasst werden. Wenn diese Quartierung den Stadtwald betrifft, dann wird der Stadtförster, Herr Siebert, eine Zuarbeit leisten.

**Bürger 6, Herr Martin Förster**, teilt mit, dass es mehr als ein Dutzend Ideen und Konzepte, darunter auch mindestens einen Architekturwettbewerb, zur Gestaltung und Wiederbelebung des Areals zwischen Mulde und Marienkirche gibt. Er stellt die Frage, warum in den 30 Jahren nach der Wende nicht ein einziges Konzept umgesetzt wurde. Im Dezember 2017 wurden Fördermittel für die Teilrealisierung der abgesetzten Landesgartenschau 2022 beantragt. Er möchte wissen, weshalb die Pläne, die dem Antrag zugrunde liegen, nicht bekannt sind bzw. wo diese Planungen eingesehen werden können. Wenn der Fördermittelbescheid bewilligt wird, bleibt nur wenig Zeit zur Umsetzung. Er fragt, weshalb nicht bereits jetzt eine öffentliche Debatte mit einer Bürgerbeteiligung zu den Planungen stattfindet.

**Herr Oberbürgermeister Kuras**, erwidert, dass einige Entwürfe umgesetzt wurden. Er erinnert an den Rathausanbau und das Rathauscenter. Zu den anderen Vorhaben kann er sich nicht äußern.

Nach der Konkretisierung des Areals zwischen Mulde und Marienkirche durch Herrn Förster, legt **Herr Oberbürgermeister Kuras** dar, dass er die Planungen und Wettbewerbe für dieses Areal kennt, jedoch kann er nicht sagen, warum die Realisierung nicht erfolgt ist, da hierzu Recherchen erfolgen müssen.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, verweist auf die Forderung der Politik, dass die Projekte, die für die Landesgartenschau nicht umgesetzt werden konnten, noch einmal beantragt werden. Das hat nicht alle Projekte betroffen, aber den Stadtpark, wo in Kürze etwas umgesetzt wird und das große Werkstattverfahren für den Stadteingang Ost, womit jetzt begonnen wird. Es gibt noch mehr Anträge, u. a. das Umfeld Arbeitsamt und es gibt Fördermittel für die Achse vom Stadtpark in Richtung Mulde. Diese stehen im Zusammenhang mit dem Stadteingang Ost, wo ggf. Mittel für die ersten Maßnahmen oder Ansätze zur Verfügung stehen.

Auf die Frage von **Herrn Förster** nach der Bürgerbeteiligung bei diesem Verfahren, erläutert **Frau Beigeordnete Schlonski**, dass sich hinter dem Begriff Werkstattverfahren die Bürgerbeteiligung verbirgt.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 7.1 Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum vom 11. Mai 2018 bis 10. Mai 2019 Vorlage: IV/023/2019/II

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### 7.2 Tätigkeitsbericht der kommunalen Behindertenbeauftragten Vorlage: IV/025/2019/V

Der Tätigkeitsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

### 7.3 Tätigkeitsbereich des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten Vorlage: IV/026/2019/V

Der Tätigkeitsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

## 7.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, informiert, dass der Urologe Prof. Dr. Rebmann in der Anhaltischen Diakonissenanstalt in den Ruhestand verabschiedet wurde und bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass kein Vertreter des Stadtrates daran teilgenommen hat. Die Nachfolge übernimmt Frau Dr. Diana Standhaft.

**Herr Mrosek, Fraktion AfD**, äußert seine Empörung über die nicht zufriedenstellenden Antworten der Verwaltung bezüglich der Grundschule in Dessau-Kochstedt, da die Koordinierung dieser Angelegenheiten in der Verantwortung der Verwaltung liegt. Die Elternvertreter erwähnten Hundekot, Glas, Pflege der Anlage, Reinigung, Lärmbelästigung, die den Unterricht stört und die Unterscheidung der Kinder.

---

Da diese Dinge nichts mit der Unfallkasse zu tun haben, hätte das im Vorfeld schon geklärt werden können.

Des Weiteren berichtet **Herr Mrosek** über eine sprachbegabte Schülerin der 7. Klasse des Walter-Gropius-Gymnasiums, dass u.a. die Sprachen Englisch, Spanisch, Russisch, Polnisch, Französisch und Italienisch beherrscht und die Russischolympiade der Stadt Dessau-Roßlau gewonnen hat. Jedoch durfte sie nicht an der Landesolympiade teilnehmen, da ein Wettbewerbsvorteil aufgrund slawischen Ursprungs gesehen wurde. Die in Polen geborene Mutter lebt seit vielen Jahren in Deutschland und ist mit einem deutschen Staatsbürger verheiratet, das Mädchen wurde in Deutschland geboren, weshalb er den Ausschlussgrund rassistisch findet.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung**, erklärt, dass die Stadtverwaltung als Schulträger nicht für den Inhalt der Schulen zuständig ist. Bei diesem Wettbewerb handelt es sich um den Bundeswettbewerb „Spielend russisch lernen“. Dort sollen in einem Tandemspiel ein schon russisch sprechendes Kind, das im Rahmen der schulischen Bildung Russischkenntnis erworben hat, und ein nicht russisch sprechendes Kind miteinander agieren. Die von Herrn Mrosek erwähnte Schülerin hat auf der schulischen Ebene am Walter-Gropius-Gymnasium den Wettbewerb gewonnen. Die Bundesrichtlinien lassen nicht zu, dass auf der nächsten Ebene des Regionalwettbewerbes ein Kind mit Fremdsprachenkenntnissen teilnimmt. Die Stadtverwaltung hat darauf keinen Einfluss. Die beiden Schüler bleiben Sieger der Schule, aber die Zulassung nach der Bundesrichtlinie zum Regionalwettbewerb besteht nicht.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion**, gibt bekannt, dass kein Artikel der Freien Fraktion in der aktuellen Ausgabe des Amtsblattes erscheinen wird, weil dieser verboten wurde. In dem verbotenen Amtsblattartikel, den Herr Stadtrat Hernig verfasst hat, wurde auf die offensichtlichen Missstände hingewiesen und Verfehlungen angesprochen, die der Oberbürgermeister, die Verwaltungsspitze und die Stadträte in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geleistet haben, u. a. die teure Misswirtschaft vom Brauhaus-Verein, der mutmaßliche Subventionsbetrug der Firma ABC Recycling, die sexuellen Übergriffe gegenüber Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung und der desaströse Umgang der Verwaltung und des Stadtrates mit der Bürgerinitiative zur Rettung des Schlossplatzes. Die Misswirtschaft des Brauhaus-Vereins wird vom Oberbürgermeister und vom Stadtrat geduldet, obwohl es permanent zulasten der Stadtkasse geht. Die Firma ABC Recycling lagert seit Jahren ihren Bauschutt illegal und kostenfrei auf städtischem Gelände. Die Opfer der sexuellen Übergriffe wurden lediglich intern zwangsversetzt, aber der mutmaßliche Täter bleibt weiterhin als Dezernent tätig. Anschließend erläutert Herr Dreibrodt, dass der Artikel mit sachlichen Fakten ausgelegt ist, aber nicht beleidigend oder ehrenrührig. Des Weiteren zitiert er die Begründung für den Ausschluss dieses Artikels und empfindet diesen Vorfall als Eingriff in die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit. Aus diesem Grund wird Herr Hernig eine Organklage gegen den Oberbürgermeister, Herrn Kuras, einreichen und damit der Willkür des Handelns der Rathausspitze entgegenwirken.

---

Für die Entscheidung zum Verbot des Amtsblattartikels hat sich **Herr Oberbürgermeister Kuras** ein Gutachten des Rechtsamtes eingeholt. Er hofft, dass so eine Abwertung von Stadträten nicht wieder vorkommt. Des Weiteren räumt er ein, dass er im Wahlkampf sehr tolerant war und dass ihn solche Vorwürfe der Wahlfälschung bzw. Wahlmanipulierung sehr empören. Er hat zum Amtsantritt einen Eid abgelegt und ist zur Einhaltung der Gesetze verpflichtet. Die Brauerei befindet sich nicht im Besitz der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau. Ein Gespräch mit dem Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt bezüglich der Rückstände vor der Abschaffung der Gartensparte ist erfolgt. Herr Oberbürgermeister Kuras verweist auf die Konsequenzen dieser Organklage. So kann es sein, dass sich das Amtsblatt auf den rein amtlichen Charakter beschränken muss und nicht mehr als Hilfe zur politischen Meinungsbildung genutzt werden kann. Dann können Vereine nicht mehr auf ihre Aktivitäten hinweisen und die Fraktionen haben keinen Raum zur Äußerung mehr.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, verliest den Text einer Beschlussvorlage zum Kinder- und Jugendpartizipierungsgesetz, die er fristgerecht zur Sitzung des Stadtrates am 04.09.2019 einreichen wird.

**Herr Hartmann, Fraktion SPD**, berichtet über die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe, die im Rahmen der Arbeitsgruppe Gelebte Demokratie entstanden ist. Das Projekt ist im letzten Jahr mit der Formulierung der Charta zum Abschluss gekommen, womit sich viele Bürger identifizieren können. Die vier wichtigsten Schwerpunkte lauten: Vergangenheit, Aufklärung und Moderne, Menschenwürde, Verantwortung übernehmen und Lebensqualität gestalten. Herr Hartmann bittet die Stadträte diese Charta zu unterzeichnen.

**Frau Müller, Fraktion SPD**, bedankt sich im Namen von Herrn Prof. Dr. Rebmann bei den Stadträten, die ihn verabschiedet haben. Des Weiteren bittet sie zu prüfen, ob in der Markstraße ein Spielplatz gebaut werden kann, da in diesem Bereich viele Familien mit Migrationshintergrund wohnen, deren Kinder auf den Park- und Wäscheplätzen spielen müssen. Der Spielplatz in der Friederikenstraße ist keine Option. In Bezug auf die Veruntreuung von Geldern der AfD wünscht sie Erläuterungen von Herrn Hernig bzw. von Herrn Mrosek. Abschließend bittet sie um Informationen über den aktuellen Stand in Sachen Friedhofstraße und spricht ihre Hoffnung aus, dass der neue Stadtrat mehr Sachpolitik betreibt und besser mit den Bürgern zusammenarbeitet.

**Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum / Die Grünen**, bedankt sich für die Zusammenarbeit und reflektiert die Umsetzung einiger Projekte, u.a. das Quartierskonzept, der Elberadweg, die Stadtmarketinggesellschaft, der Breitbandausbau und die Einführung des Fairtrade-Town. Die Ostrandstraße wurde in der Realisierung fachlich und sachlich zurückgestellt. Er bittet den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt keine unsachlichen Entscheidungen zu treffen. Der Stadtrat sollte den Bürgerbeteiligungsprozess, der mit der Zusammenarbeit des Tiefbauamts entstanden ist, mehr würdigen. Er hofft auf eine Art Sondergenehmigung von der Unteren

---

Naturschutzbehörde bei der Waldrodung außerhalb der Fällzeiten, wenn der Baum einen Schädlingsbefall hat.

Die Aussagen der Verwaltung bezüglich der Zuständigkeiten, z.B. bei der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt oder der Waldrodung, sollten nochmal einmal überprüft werden. Er empfindet die Aussagen der Stadtverwaltung sehr unangenehm, da diese auch als Eigentümer der Fläche zuständig ist. Er bittet um Stellungnahme der Behörde.

**Herr Puttkammer, Fraktion CDU**, fragt nach der Überarbeitung des Straßenverkehrskonzeptes in der nächsten Legislaturperiode, da es mehrere Probleme gibt, so u. a. das Parken in der zweiten Reihe, das Parken im Kreuzungsbereich, das Befahren des Lilly-Herkling-Platzes und die Befahrung der Kapstraße zwischen Dessau-Waldersee und Roßlau. Das Problem liegt darin, dass die ausgesprochenen Verbote nicht kontrolliert werden. Er gibt zu bedenken, ob eine Umgehungsstraße in Richtung Alten und zurück nicht erstrebenswert wäre. Abschließend dankt er den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und der Leiterin des Amtes für Soziales und Integration Frau Paesold für die gute Zusammenarbeit.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kritisiert die Situation an der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt und empfiehlt eine zeitnahe Informationsveranstaltung mit den Stadträten.

**Herr Mau, Fraktion CDU**, bedankt sich für die heutige Ehrung und wiederholt die bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus gestellten Fragen:

- Wie weit sind die Planungen, speziell beim Schloßplatz, außerhalb des Hotelneubaus fortgeschritten?
- Werden auf den alten Vorstellungen der Laga nur noch Punkte draufgesattelt oder wird es neue Überlegungen gemeinsam mit den Bürgern in Bezug auf die Gestaltung der Anlage geben?
- Wird es eine Bürgerbeteiligung geben?

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, informiert, dass auf die Pläne, die schon diskutiert und mehrheitlich für gut befunden wurden, u.a. die Gestaltung zur Laga im Bereich des Muldebalkons, aufgebaut wird.

Es ist noch nichts festgesetzt, sodass neue Überlegungen eingebracht werden können. Für den Stadteingang Ost wird ein Werkstattverfahren stattfinden, ähnlich wie beim Schloßplatz, in dem die Politik, die Stadtmarketinggesellschaft, die Bürgerinitiative, Wohnungseigentümer und Bürger mit eingebunden werden.

**Herr Mau** verweist auf einen Zeitplan, der die Bürger im April/Mai beteiligen sollte, was bis dato nicht erfolgt ist.

---

**Frau Jahn, Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, erläutert, dass es einen ersten Zeitplan gab, jedoch hat es auf Grund notwendiger Ausschreibungen, z. Bsp. für die Betreuung der Moderationsbüros und die zu beteiligenden Planungsbüros, Verzögerungen gegeben. Im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt wurde nachgefragt, ob eine mit politikbeteiligte Entscheidung gewünscht ist, was zu weiteren Verzögerungen des Zeitplans geführt hat. In dieser Runde wurde verdeutlicht, dass man mit Vorsicht an den Bürgerentscheid und dessen Fortgang gehen sollte

**Herr Mau** bittet darum, die Bürger und den Schloßplatzverein dahingehend zu informieren.

An den zukünftigen Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus gibt er den Hinweis, dass für die strategische Planung zur Ausrichtung der Stadt dieser Ausschuss zuständig ist und nicht der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, spricht den ausscheidenden Stadträten seinen Dank aus. Im Haushalt existieren drei Positionen, zu denen es im Rat teilweise wenig bis gar keine Informationen zu den bestehenden Prüfaufträgen gibt. Es geht um die Prüfaufträge für das Budget der Ortschaftsräte, das Bürgerhaus in Kleutsch und die Beleuchtung der Radwege in Dessau-Roßlau. Er bittet um Sachstandsinformationen.

Zu dem Thema der Beleuchtung der Radwege in Dessau-Kochstedt erläutert **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, dass es eine Vereinbarung zwischen dem Tiefbauamt und dem Eigenbetrieb Stadtpflege gibt, dass diese Maßnahme vorbereitet und im nächsten Jahr umgesetzt wird.

Nach der Konkretisierung von **Herrn Adamek**, dass der Prüf- und Haushaltsantrag die Radwege Kochstedt – Scherbelberg und Kochstedt – Städtisches Klinikum umfasst, sagt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** eine schriftliche Antwort zu.

Zu den anderen Prüfaufträgen teilt sie mit, dass es differenzierte Standpunkte bezüglich der Anlagerung der Aufgabe über die Zuständigkeit für die Zuschüsse an die Sportvereine gibt. Eine einheitliche Sichtweise, ob diese Aufgabe bei den Ortschaften bleiben soll oder im Referat für Sportförderung zentralisiert wird, muss noch entwickelt werden.

**Herr Adamek** begrüßt eine Einbeziehung der Stadträte zu dem Informationsgespräch an der Grundschule „An der Heide“ in Dessau-Kochstedt, denn er war vor Ort und hat Gespräche mit den Eltern geführt. Eltern und Schüler freuen sich auf das Projekt, wollen aber dennoch mit ihren Fragen und Sorgen ernst genommen werden. Das Bauprojekt soll in 12 Wochen seinen Abschluss finden. Er bittet um einen Termin vor den Sommerferien.

In einem gemeinsamen Gespräch mit Frau Knaut., Leiterin des Rechnungsprüfungsamts, konnte **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, Unklarheiten bezüglich des Fraktionskon-

tos vor der Kontoübernahme beseitigen. Es erfolgte eine Übergabe der aufgearbeiteten Buchungen. Die Aufarbeitung des Kontos wird fortgeführt. Die hauptsächlichen Abbuchungen der Jahre 2017, 2018 und 2019 waren die Bezahlung des Abonnements der Mitteldeutschen Zeitung und der Ausgleich der Freien Fraktion. Die Kasse ist somit ausgeglichen und andere Anfragen sind in Prüfung.

## **8 Beschlussfassungen**

### **8.1 Satzung Kinder- und Jugendbeauftragte\*r der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/471/2018/V-51**

#### **Beschluss:**

Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt auf der Grundlage der §§ 8, 45 Abs. 1. Satz 1 und 79 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in der geltenden Fassung die „Satzung Kinder- und Jugendbeauftragte\*r der Stadt Dessau-Roßlau“.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:00

### **8.2 Stellungnahme des Stadtrates zum Bürgerentscheid "Schloßplatz" Vorlage: BV/174/2019/I-OB**

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates,** verweist zunächst auf die zu Beginn der Sitzung an die Stadträte neu ausgereichte Anlage 2 zur Beschlussvorlage.

**Herr Förster** von der Bürgerinitiative Schlossplatz erhält das Rederecht und bittet darum, dass die neu ausgereichte Anlage 2 verlesen wird. Er legt bezüglich des durchzuführenden Bürgerentscheides „Schlossplatz“ den Standpunkt der Bürgerinitiative dar. Er erklärt weiterhin, dass die Initiative im Amtsblatt feststellen musste, dass die CDU-Fraktion für ihren bisherigen Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, Herrn Hans-Joachim Mau, kein Wort des Dankes für seine langjährige, engagierte Arbeit übrig hatte. Herr Förster sprach Herrn Mau im Namen der Bürgerinitiative den Dank für seine aufopferungsvolle Arbeit aus. Abschließend rief er alle Bürger auf, am 1. September mit Ja zu stimmen.

**Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen,** verliest den Text der neu ausgereichten Anlage 2 zur Beschlussvorlage und damit die Stellungnahme des Stadtrates.

**Herr Otto** dankte im **Namen der Fraktion Pro Dessau-Roßlau** Herrn Schlecht-Pesé für seine Initiative, dass diese geänderte Fassung heute vorliegt.

**Herr Dreibrodt** erklärt, dass die **Mitglieder der Freien Fraktion** die vorliegende Beschlussvorlage mit der Aufforderung an die Bürger zum Bürgerentscheid mit Nein zu stimmen, ablehnen werden.

Als Vertretung der Bürger der Stadt ist der Stadtrat nach dem Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt verpflichtet, 25 Tage vor dem Bürgerentscheid eine Information in Form einer Stellungnahme abzugeben, erklärt **Herr Adamek, CDU-Fraktion**.

Auf die Anschuldigung von Herrn Förster bezüglich der Danksagung für Herrn Mau im Amtsblatt eingehend, verweist er darauf, dass der Redaktionsschluss zum Amtsblatt vor der Kommunalwahl war, weshalb keine Danksagung möglich war.

Die Beschlussvorlage wurde einschließlich der neu ausgereichten und verlesenen Anlage 2 zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich beschlossen.

### **Beschluss:**

Die in der Anlage 2 befindliche Stellungnahme zum Bürgerentscheid „Schloßplatz“ am 1. September 2019 wird gemäß § 27 Abs. 2a KVG LSA beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 33:03:00

In der Zeit von 18:13 bis 18:45 wurde eine Pause durchgeführt.

Während der Pause verließen Frau Müller, CDU-Fraktion, und Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, die Sitzung (34).

### **8.3 Grundsätze für das Planverfahren Stadteingang Ost** **Vorlage: FV/007/2019/LBF/GR**

**Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, legt im Namen seiner Fraktion als Einreicher der Beschlussvorlage dar, dass nichts gegen einen Antrag zur Verweisung der Beschlussvorlage an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt spricht.

In Abstimmung mit Frau Schlonski bittet er um Streichung des Wortes „Schloßplatzes“ im Beschluss, 1. Satz und den Punkt 3 des Beschlusses wie folgt zu ändern: Darüber hinaus ist zu prüfen, ob eine Planungswerkstatt Innenstadt als permanente Institution eingerichtet werden soll.

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, stellt den **Antrag** zur Verweisung der Beschlussvorlage an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt.

## **Beschluss:**

Die Beschlussvorlage wird in geänderter Form mit folgendem Beschlusstext an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt **verwiesen**:

Der Stadtrat beschließt nachfolgende Grundsätze für das geplante Verfahren zur Gestaltung des Stadteinganges Ost:

1. Bereits in der Phase der Klärung/Erarbeitung der Aufgabenstellung sind alle relevanten Grundstückseigentümer, der Hotelinvestor, die Bürgerinitiative Schloßplatz (allesamt Schlüsselakteure) und die allgemeine Öffentlichkeit einzubinden.
2. Die Beteiligung der Schlüsselakteure und der Öffentlichkeit ist in allen Phasen des Verfahrens sicherzustellen.
3. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob eine Planungswerkstatt Innenstadt als permanente Institution eingerichtet werden soll.

**Abstimmungsergebnis zur Verweisung der geänderten Beschlussvorlage an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: 30:01:03**

## **8.4 Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau Vorlage: BV/034/2019/V-SKD**

### **Beschluss:**

Der Jahresabschluss wird gemäß § 19 (4) EigBG festgestellt (Formblatt 7).

**Abstimmungsergebnis: 34:00:00**

## **8.5 Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau - Verwendung Jahresüberschuss Vorlage: BV/116/2019/V-SKD**

### **Beschluss:**

Es wird beschlossen, den Jahresüberschuss in die Rücklage einzustellen.

**Abstimmungsergebnis: 34:00:00**

**8.6 Neufassung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau  
Vorlage: BV/004/2019/V-SKD**

**Beschluss:**

Der Neufassung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums (Anlage 3) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 34:00:00

**8.7 Änderung des Wirtschaftsplans 2019 des Städtischen Klinikums  
Dessau  
Vorlage: BV/140/2019/V-SKD**

**Beschluss:**

Der Änderung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2019 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:01

Nach der Abstimmung zur Vorlage verließ Herr Busch, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, die Sitzung. (33)

**8.8 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2018  
Vorlage: BV/035/2019/V**

**Beschluss:**

Der Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2018 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 32:00:01

---

**8.9 Standortuntersuchung Ersatzneubau Schule für Körperbehinderte  
"Schule an der Muldaue"  
Vorlage: FV/008/2019/LBF/GR**

Für die einreichende **Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen** erläutert **Herr Schlecht-Pesé** die Beschlussvorlage und erklärt, dass aus der Begründung der Vorlage die Beratungsfolge der Ausschüsse gestrichen wird.

**Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit und Soziales**, verweist darauf, dass eine entsprechende Beschlussvorlage der Verwaltung (BV 194/2019) bereits erarbeitet worden ist, die dem Stadtrat am 04.09.2019 zur Beratung vorgelegt wird. Nach der Prüfung dreier Standorte, hat man sich für den Standort „An der Kreuzbergschule“ entschieden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erwartet von der Verwaltung eine Aussage, wie das Verfahren beschleunigt und die Politik mitgenommen werden kann, da er besorgt ist, dass in der Stadtratssitzung im September etwas vorgelegt wird, wo aufgrund von Termindruck nichts anderes mehr gemacht werden kann.

Nach der Mitteilung **von Herrn Beigeordneten Krause**, dass die Beschlussvorlage der Verwaltung vor der Behandlung im Stadtrat am 04.09.2019 im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 22.08.2019 und im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport am 28.08.2019 beraten wird, wurde der **Antrag** seitens der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen Beschlussvorlage zur **Verweisung** der vorliegenden Beschlussvorlage **in die genannten Gremien** gestellt.

Dem **Antrag auf Verweisung** an den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und an den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport wurde mehrheitlich **zugestimmt** (32:01:00).

**8.10 Änderung des Gesellschaftsvertrages der MVZ SKD GmbH  
Vorlage: BV/168/2019/II-30**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der MVZ SKD GmbH (Anlage 3). Der Gesellschafterversammlung der MVZ SKD GmbH wird eine gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

**Abstimmungsergebnis: 32:01:00**

---

**8.11 Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WBD Industriepark Dessau GmbH**  
**Vorlage: BV/170/2019/II-30**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Umstellung des Stammkapitals der WBD Industriepark Dessau GmbH im Zuge der Neufassung des Gesellschaftsvertrages auf Euro.
2. Die Erhöhung des Stammkapitals der WBD Industriepark Dessau GmbH zur Glättung um 35,41 EUR auf 25.600,00 EUR.
3. Die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WBD Industriepark Dessau GmbH (Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:** 31:01:01

**8.12 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 101-G2 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/422/2018/III-61**

**Beschluss:**

1. Die zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie so zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag (Anlage 2) dargestellt ist.
2. Die als Anlage 3 beigefügte Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 101-G2 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2" in der Fassung vom 10. April 2019 wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie § 8 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) wird die als Anlage 4 beigefügte 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 101-G2 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G2", bestehend aus dem Textbebauungsplan in der Fassung vom 10. April 2019, als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:00

**8.13      Beantragung zusätzlicher Fördermittel für das Vorhaben  
"Wissenschaftliche Bibliothek, Modernisierung und Instandsetzung"  
(Energetische Sanierung)  
Vorlage: BV/167/2019/III-65**

Auf die Frage von **Herrn Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, was es für die Sanierung des Rathauses bedeutet, wenn Mittel für diesen Teil aus den Sanierungsmitteln für das Rathaus genommen werden, bemerkt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass es sich um übertragene Mittel handelt, die in dem Jahr für das Rathaus nicht benötigt werden. Die Mittelentnahme hat keinen Einfluss auf die Sanierung des Rathauses, ergänzt der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, Herr Bekierz.

Auf die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau**, was passiert wenn die angekündigten Fördermittel nicht zur Verfügung stehen, erwidert **Herr Bekierz**, dass dann eine Teilsanierung, eine energetische Sanierung der Wissenschaftlichen Bibliothek, erfolgt.

**Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau reicht zum Aufruf des Landes Sachsen-Anhalt vom 18.02.2019 (Anlage 2) zur Beantragung zusätzlicher Fördermittel für bereits bewilligte Vorhaben von Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung im Rahmen des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (OP EFRE) i. V. m. der Förderung von Stadtumbaumaßnahmen (Programmbereich Aufwertung) einen Förderantrag ein.
2. Die erforderlichen Eigenmittel werden gemäß Punkt „Finanzbedarf/Finanzierung“ durch Umschichtungen im vorliegenden Haushalt zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 33:00:00

**8.14      Beantragung zusätzlicher Fördermittel für die Vorhaben  
"Ferdinand-von-Schill-Straße und Kreisverkehr Katholische Kirche"  
"Zerbster Straße 2. BA"  
Vorlage: BV/175/2019/III-66**

Auf die Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, was passiert, wenn die Fördermittel nicht bewilligt werden, merkte **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, an, dass dann mit dem vorhandenen Geld soweit gemacht wird, wie man kommt.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, verweist darauf, dass seit Jahren Mittel im Haushalt für die Zerbster Brücke eingestellt sind, aber nicht mit dem Bau begonnen wird. Er stellt die Frage, wann diese Brücke endlich gemacht wird.

In Beantwortung legt **Frau Beigeordnete Schlonski** dar, dass mit dem Bau der Zerbster Brücke gewartet werden muss bis die Bahn mit ihren Maßnahmen fertig ist.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, entgegnet, wenn die Zerbster Brücke während der Baumaßnahmen der Deutschen Bahn umgesetzt wird, würden für die Stadt wesentlich weniger Kosten entstehen, da keine Entschädigung an die Deutsche Bahn für entstehende Ausfälle zu zahlen wären. Hierzu bittet er um Ausführungen.

Zur Frage, wann mit der Planung begonnen wird, verweist **Herr Säbel, Leiter des Tiefbauamtes**, darauf, dass nicht genügend Personal zur Verfügung stand, jedoch wird sich ab August ein neuer Mitarbeiter speziell darum kümmern. Der 2. Teil der Anfrage wird schriftlich beantwortet.

## **Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau reicht zum Aufruf des Landes Sachsen-Anhalt vom 18.02.2019 zur Beantragung zusätzlicher Fördermittel für bereits bewilligte Vorhaben von Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung im Rahmen des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (OP EFRE) i. V. m. der Förderung von Stadtumbaumaßnahmen (Programmbereich Aufwertung) zwei Förderanträge ein.
2. Die erforderlichen zusätzlichen Eigenmittel werden gemäß Punkt „Finanzbedarf/Finanzierung“ durch Umschichtung im vorliegenden Haushalt zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** 26:02:05

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **11 Schließung der Sitzung**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, schließt die Sitzung um 19:26

Dessau-Roßlau, 05.09.19

---

Lothar Ehm  
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer